

Spreekurier



IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM BERLINER STADTBLATT · TREPTOW-KÖPENICK · AUSGABE DEZEMBER 2017



Liebe Leserinnen und Leser!

Ein Jahr rot-rot-grüne Regierung zeigt: Wir stehen für ein lebenswertes, soziales und modernes Berlin. Der Wegweiser unserer Politik sind die Menschen in dieser Stadt.

Eins ist klar: Wir haben noch viel zu tun. Der Sanierungsstau bei den Schulen und den Verwaltungen in Berlin ist enorm. Deswegen haben wir das größte Schulneubau- und Sanierungsprogramm seit dem Fall der Berliner Mauer gestartet. Gleichzeitig stärken wir die Verwaltungen, denn sie sind das Rückgrat unserer Stadt.

Und wir stehen für ein sicheres Berlin für jeden Einzelnen. Sicherheit bedeutet, dass wir mehr Polizei an kriminalitätsbelastete Orte bringen, aber auch die Sicherheit, dass man sich seine Wohnung leisten kann. Wir sorgen dafür, dass es ausreichend bezahlbaren Wohnraum in der Stadt gibt.

Unsere Politik soll das Leben der Berlinerinnen und Berliner leichter machen. Das ist unser Antrieb.

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Traditionsreiche Ausflugsgaststätte und Kulturstandort: Neu-Helgoland ist nach dem Brand wieder eröffnet.

Foto: Oliver Igel

In den Schulen bauen

Umfassende Sanierung aller Gebäude geplant

Es ist eine gewaltige Summe, die Berlin in den nächsten zehn Jahren in die Schulbildung stecken will: genau 5 Milliarden Euro sollen allein in Baumaßnahmen der allgemeinbildenden Schulen fließen. 5.000.000.000 Euro.

Zeit wird es. Gut vorbereitet ist es. Am Anfang stand eine politische Entscheidung des Senats, jetzt wirklich Geld in die Hand zu nehmen. Dann kam eine Analyse. In einem „Gebäudescan“ wurde jedes Schulgebäude untersucht – immerhin haben wir in Treptow-Köpenick 47 Schulstandorte mit meist mehreren Gebäuden.

Der Bezirk fängt aber nicht erst jetzt damit an, Schulen zu sanieren. Das wurde im Ergebnis dieses

Gebäudescans deutlich. Es wurde im Berlin-Vergleich sogar der stadtweit niedrigste Wert im Sanierungsbedarf ermittelt. Schon in den vergangenen Jahren wurde viel Geld in die Schulen des Bezirks gesteckt. Es war und ist gut angelegtes Geld. Trotzdem: Etwa 300 Millionen Euro wollen und müssen wir in die Treptow-Köpenicker Schulen innerhalb des nächsten Jahrzehnts investieren.

Ich bin optimistisch, dass es mit gutem Willen, guter Zusammenarbeit, engagierter Planung und fleißiger Firmen und Fachkräfte gelingen wird. Die Planungen für zahlreiche größere Baumaßnahmen werden 2018 beginnen. Im Haushaltsplan 2018 und 2019 sind schon

beeindruckende Summen hinterlegt. Allein für die bauliche Unterhaltung unserer Schulgebäude wurden die Finanzmittel mehr als verdoppelt. Jeweils mehr als 10 Millionen Euro stehen sowohl für 2018 als auch 2019 zur Verfügung. Der Senat legt noch einmal etwas mehr als diese Summe in seinem Schulanlagensanierungsprogramm drauf – macht zusammen schon mehr als 20 Millionen Euro, am Jahresende 2019 also 40 Millionen Euro. Hinzu kommen Investitionsmittel und Sonderprogramme des Landes und des Bezirkes. So viel Geld haben die Schulen schon lange nicht mehr gesehen.

Mit den Ergebnissen des Gebäudescans wissen wir auch, in welchen Schulen

und Gebäuden als erstes angefangen werden sollte, weil der Sanierungsbedarf größer ist als an anderen Schulgebäuden. Wir müssen aber nicht nur bestehende Gebäude in den Blick nehmen. Es muss auch gänzlich neu gebaut werden. Viele neue Wohngebiete sind entstanden, viele Menschen zugezogen. Wir brauchen neue Schulen. So werden neue Schulstandorte in Adlershof sowie am Güterbahnhofs-gelände Köpenick geplant. Weitere kommen hinzu.

Damit das alles schnell und effizient umgesetzt wird, haben sich Bezirksbürgermeister, Bezirksstadträte und Amtsleiter zusammengesetzt und einen Zehn-Punkte-Plan zur Umsetzung der Schulbauoffensive vereinbart. In

einer gemeinsamen Geschäftsstelle der Bezirke und in Regionalverbänden werden bezirksübergreifende Themen gebündelt. Personal soll gemeinsam gewonnen, Firmen über größere Ausschreibungen erreicht werden. Man müsste sogar noch einen Schritt weitergehen: bei dieser gewaltigen Aufgabe würden sich schon berlinweit agierende landeseigene Baufirmen lohnen. Denn eines ist im Moment klar: Architekten und Bauunternehmen ist gerade nicht langweilig. Aber endlich gehen wir bei der Schulsanierung voran. Nicht nur die Schüler, sondern auch Lehrer, andere Beschäftigte und Eltern werden dankbar für jeden Schritt sein.

Oliver Igel

Neue Kleingärten

SPD will mehr „grüne Oasen“ im Bezirk

Bei der Gebietsentwicklung des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick sollen neben Flächen für Schule und Kita auch Kleingartenparzellen neu ausgewiesen werden. Das hat die SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick beantragt.

In den letzten Jahren war leider nur der Verlust von Parzellen, vor allem in Treptow, zu beklagen. Das neue Entwicklungsgebiet bietet erstmalig die Chance, neue Flächen für die kleingärtnerische Nutzung vorzusehen. Neben der Schaffung von

dringend benötigten Wohnraum sollen auch die Grünflächen entsprechend verschiedenen Nutzungen zugeführt werden. „Der Kleingarten ist eine grüne Oase, die sich ihrem Wohnumfeld öffnet, biologische Vielfalt vorlebt und eine lange Tradition in unserem Bezirk hat. Die Senatsverwaltung täte gut daran, hier entsprechend auch eine kleingärtnerische Nutzung mit zu planen“, so Ellen Haußdörfer, die für die SPD-Fraktion im bezirklichen Kleingartenbeirat Ansprechpartnerin ist.

AfD zockt ab

Versteckte Abgeordneten-Büros für monatliche 1.000-Euro-Pauschale

Für fragwürdige Abgeordnetenbüros kassieren die beiden AfD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses aus Treptow-Köpenick, Martin Trefzer und Frank Scholtyssek, monatlich eine Pauschale von jeweils 1.000 Euro Steuermittel.

Recherchen der Berliner Morgenpost haben eine erhebliche Intransparenz beim Betrieb von Abgeordnetenbüros insbesondere bei der AfD, aber auch bei CDU und FDP, offengelegt. Die Mitglieder des Abgeordnetenhaus haben die Möglich-

keit, Büros außerhalb des Parlaments zu eröffnen, um näher an den Bürgern zu sein. Dies gelingt offensichtlich nicht in allen Fällen. Den Recherchen zufolge besteht sogar der Eindruck, dass einige Abgeordnete nur billige und abgelegene Büroflächen suchen und dafür jeweils eine monatliche Pauschale von 1.000 Euro vom Abgeordnetenhaus erhalten. Die Büros sollen aber dazu dienen, dass Mitarbeiter von Abgeordneten und die Abgeordneten selbst Präsenz in ihren Bezirken zeigen,

Sprechstunden oder sogar kleine Veranstaltungen anbieten können.

In den Fokus sind nun insbesondere Abgeordnete der AfD geraten, die beispielsweise ohne Hinweise am Eingang Büros in einem Plattenbaukomplex unterhalten. Die Hausverwaltung konnte zwar bestätigen, dass die Büros existieren, jedoch kann sie niemand finden, weil nirgendwo Namen angegeben wurden. Andere AfD-Abgeordnete geben ihre Büro-Orte gar nicht erst bekannt.

Die fehlende Kennzeichnung von Abgeordnetenbüros verstößt gegen die Richtlinien des Abgeordnetenhaus und wurde bereits von Staatsrechtlern kritisiert. In Treptow-Köpenick wurden bei beiden AfD-Abgeordneten Fragwürdigkeiten durch die Berliner Morgenpost aufgedeckt. Martin Trefzer und Frank Scholtyssek hätten Büros in Johannisthal. Dort fand der Reporter jedoch zugezogene Jalousien und nur die Nachnamen der Abgeordneten.

- weiter auf Seite 2 -

IN DIESER AUSGABE

BAHNHOF SCHÖNEWEIDE
Informationen zum Umbau des Verkehrsknotenpunktes und zum Bahnhofsumfeld
Seite 2

GESAGT. GETAN.
Ein Jahr Rot-Rot-Grün
Seite 3

BEZIRKSHAUSHALT 2018/2019
Viele positive Veränderungen für die Menschen in Treptow-Köpenick
Seite 7

STRANDBAD MÜGGELSEE
Sanierungskonzept liegt nun vor
Seite 8

TERMINE

**KIEZFRÜHSTÜCK
SCHÖNEWEIDE**

09. Dezember 2017
um 11.00 Uhr
in der AnsprechBar,
Siemensstr. 15,
12459 Berlin

**SPRECHSTUNDEN DER
SPD-POLITIKER****Lars Düsterhöft**

Mitglied des Abgeord-
netenhauses für Ober-,
Niederschöneweide
und Johannisthal
4., 11. und 18. Dez. 2017
14.30 bis 17.30 Uhr
in der AnsprechBar,
Siemensstr. 15,
12459 Berlin

Tom Schreiber

Mitglied des Abgeord-
netenhauses für
Altstadt/Kietz, Allende-
Viertel, Wendenschloss,
Müggelheim
5. Dezember 2017
9.00 bis 10.30 Uhr
im Abgeordnetenbüro,
Wendenschloßstr. 137
12557 Berlin
19. Dezember 2017
9.30 bis 10.30 Uhr
in der Begegnungsstätte
Allende II, Alfred-
Randt-Straße 42

Rainer Hölmer

Bezirksstadtrat
20. Dezember 2017
15.00 bis 17.00 Uhr
im Rathaus Köpenick,
Zimmer 165
Bitte vorher
telefonisch anmelden
unter 030-90297 2202

Oliver Igel

Bezirksbürgermeister
4. Dezember 2017
10.00 bis 11.30 Uhr
im Rathaus Köpenick
Zimmer 173
18. Dezember 2017
15.00 bis 17.00 Uhr
im Bürgerhaus Altglie-
nicke, Ortofststraße 184,
12524 Berlin

FOTOAUSSTELLUNG

„Bis zum Fluss, bis zum
Meer“ - Das ewige Lied
von der Sehnsucht von
Beate Laudzim bis zum
Frühsummer 2018 zu
sehen im Galerieraum
des SPD-Kreisbüros,
Hinterhaus, Grünauer
Straße 8 in 12557 Berlin.

IMPRESSUM

(Seiten 1, 2)

Herausgeber:
SPD Treptow-Köpenick
Grünauer Straße 8
12557 Berlin

E-Mail: buero@spd-tk.de
www.spd-tk.de

V.i.S.d.P.: Oliver Igel
(Kreisvorsitzender)

An dieser Ausgabe
haben mitgewirkt:
Lars Düsterhöft
Ellen Haußdörfer
Oliver Igel
André Rostalski
Gabriele Schmitz
Tom Schreiber
Ralf Thies

Auflage: 50.000 Exemplare

Druck:
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Wie geht es weiter am Bahnhof Schöneweide?

Informationen zum Umbau des Verkehrsknotenpunktes und zum Bahnhofsumfeld

Nach zwei gut besuchten
Bürgerversammlungen ging
der Runde Tisch zum Bahn-
hof Schöneweide Mitte
Oktober in die 2. Runde.
Mit Vertreterinnen und Ver-
tretern aller verantwort-
lichen Institutionen wurde
über das Bahnhofsumfeld
und über die geplanten
Bauarbeiten gesprochen.

Zum zeitlichen Ablauf wird
die Deutsche Bahn detaillierte
Informationen zur Verfü-
gung stellen, auch im Bahn-
hof und auf den Bahnsteigen
wird es großflächige Informa-
tionen geben.

Bevor der Haupteingang
geschlossen und die alte
Bahnhofshalle abgerissen
und neu gebaut werden
kann, konzentrieren sich die
Arbeiten derzeit auf die Brü-
cken und die Fertigstellung
der Treppen am Sterndamm.



Der Bhf. Schöneweide von der Michael-Brückner-Straße aus
gesehen.
Foto: Lars Düsterhöft

Über diesen werden ab kom-
menden Herbst die Bahnstei-
ge erreichbar sein. Der Weg
zu den Gleisen wird während
der Bauarbeiten nicht barrie-
refrei sein, da auch der Zu-
gang von Johannisthaler Sei-
te geschlossen wird. Aufzüge
und Rolltreppen lassen sich
am Sterndamm leider nicht

bauen. Hier sucht die Bahn
nach Lösungen, die Einrich-
tung eines Busshuttles zu
den barrierefreien Bahnhö-
fen Baumschulenweg und
Betriebsbahnhof Schöneweide
steht im Mittelpunkt der
Überlegungen. Hierzu werde
ich weitere Gespräche füh-
ren und über Ergebnisse und

Planungen informieren. Ziel
ist, dass der Bahnhof Schö-
neweide möglichst lange bar-
rierefrei zugänglich bleibt.

Sobald die Treppen am
hinteren Ausgang errichtet
sind, wird es dort eine provi-
sorische Tramhaltestelle ge-
ben. Der derzeit befahrbare
Sterndamm wird zur Errich-
tung der Haltestelle im April
2018 noch einmal für etwa
zwei Wochen gesperrt. Been-
det haben will die Bahn ihre
Arbeiten Ende 2021. Damit
ist aber die Umgestaltung
längst nicht abgeschlossen.
In einem 2. Schritt wird die
BVG die Straßenbahnwen-
deschleife umbauen und den
neuen Straßenbahntunnel –
dieser wird von der Bahn pa-
rallel zum Bahnhofsumbau
errichtet – in Betrieb neh-
men. Erst danach kann der
Bezirk den Bahnhofsvorplatz

neu gestalten. Bis 2024 wird
uns die Baustelle bestimmt
erhalten bleiben.

Auch Sauberkeit und Ob-
dachlosigkeit kamen beim
Runden Tisch zur Sprache.
Hier wurde verabredet, ein
Konzept zu erarbeiten, wie
mit Obdachlosen, Wohn-
ungslosen und trinkenden
„Stammgästen“ umgegangen
wird. Keine Lösung ist, diese
Menschen einfach woanders
„hinzuschieben“. Es ist aber
auch klar, dass der jetzige
Zustand auf dem Bahnhofsvorplatz nicht dauerhaft be-
stehen kann.

Zur Sauberkeit: Der Bahn-
hofsvorplatz hat derzeit bei der
BSR die höchste Reinigungs-
stufe mit 10 wöchentlichen
Reinigungen. Es wird geprüft,
wo zusätzliche Mülleimer auf-
gestellt werden können.

Lars Düsterhöft, MDA

AfD zockt ab

– Fortsetzung von Seite 1 –

Hinzu kommt ein Hinweis
auf den Bezirksverband der
AfD. Solche Räumlichkeiten
müssen jedoch getrennt
werden von Abgeordneten-
büros. Der Reporter wurde
an der Tür abgewehrt und
erhielt keine Auskunft. Die
Abgeordnetenbüros durfte
er nicht sehen.

Der SPD-Kreisvorsitzen-
de von Treptow-Köpenick,
Oliver Igel kritisiert dieses
Gebaren: „Die AfD geriert
sich als angebliche Küm-
merer und Saubermänner
der Politik, aber schon bei
den eigenen Büros sieht

man, dass wohl der eigene
Geldbeutel näher liegt als
das Wohl der Bürger. Die
Abgeordneten sollten kom-
plett die bisher erhaltenen
Pauschalen zurückzahlen
und gefälligst transparente
Büros eröffnen. Aber dann
müssten sie sich für ihre Po-
litik oder auch für Nichtstun
rechtfertigen.“

Die Büros der drei
SPD-Abgeordneten Tom
Schreiber, Lars Düsterhöft
und Robert Schaddach da-
gegen sind eindeutig auf-
findbar und offen für Ge-
spräche mit Bürgerinnen
und Bürger. Nur aus Spen-
den wird sogar seit 2011

bereits die „Ansprechbar“
in der Oberschöneweider
Siemensstraße 15 finanziert,
in der neben Bürgerspre-
chstunden Kiezfrühstücke,
Sozial- und Rechtsberatungen
und Nachhilfen für Schüler
stattfinden.

**Büros der SPD-Abgeordne-
ten in Treptow-Köpenick:**

**Tom Schreiber,
Wendenschloßstraße 137**

**Lars Düsterhöft,
Rathaus Johannisthal,
Sterndamm 102**

**Robert Schaddach,
Grünauer Straße 8
(Köllnische Vorstadt)**

Von der Landespolizeischule zur Polizeiakademie

Änderungen werden von Inhalten, nicht von Namen bestimmt

**Die Situation um die Aus-
bildung an der Polizei-
akademie Berlin und die
bundesweite Debatte darum
sind schwer zu ertragen.**

Zwei Gruppen treffen in
der Diskussion aufeinander:
Eine, die Vorwürfe massiv
ablehnt oder abschwächt
und eine andere, die davon
ausgeht, dass es in Wahrheit
viel schlimmer ist und bis-
her unterdrückt wird. Kern-
problem ist, dass sich viele
vorstellen können, dass die
Vorwürfe stimmen und wir
erstmal einen tiefen Ein-
blick in die Psyche der Ber-
liner Polizei und ihrer Füh-
rungsebene erhalten.

Nur wenige hätten für
möglich gehalten, dass aus-
gerechnet eine WhatsApp-
Nachricht die Debatte
lostritt und damit alte Wun-
den aufbrechen würden. In
der Polizei muss es wie ein
Dammbruch erscheinen,
dass Missstände ans Licht
kommen, auf die Polizei-
beamte bereits seit Jahren
hingewiesen haben und die

nun keinen anderen Ausweg
sahen, als diese öffentlich zu
machen.

Die Polizeistrukturreform
in Berlin läuft seit 2014. Ab-
geordnetenhaus und Innen-
ausschuss haben sich gar
nicht oder nur selten mit
dem Thema befasst. Aus
meiner Sicht tragen des-
halb zahlreiche Ebenen die
Schuld für eine misslungene
Reform, welche keine Kritik
erträgt und deren Folgen
wir nun erleben werden. Die
Polizeiabschnitte und die
Hundertschaften werden
darunter zu leiden haben,
weil sich die Reform letzt-
lich zu Lasten der Krimina-
litätsbekämpfung auswirken
wird. Die Berliner Polizei ist
kein Unternehmen, in dem
Strukturen nach Gutdünken
in der Hoffnung auf bessere
Ergebnisse verändert wer-
den können. Am 1.12.2016
trat die Reform in Kraft und
sollte sich ab März 2017 an
der Polizeiakademie entfal-
ten. Letztlich startete sie im
September – ohne ihrem

Anspruch auch nur annä-
hernd gerecht zu werden.
1.200 statt bisher 500 Aus-
zubildende – knapp eine
Verdreifachung. Mehr Per-
sonal gab es an der Akade-
mie dafür nicht.

Dass die politische und
polizeiliche Führung in
einer Sondersitzung des
Innenausschusses des Ab-
geordnetenhauses Anfang
November den Eindruck
erwecken wollte, dass alte
oder ehemalige Polizeibe-
amte lediglich ein Problem
mit Reformen hätten und
sich deshalb sträuben, zeugt
nicht unbedingt von Sach-
kenntnis. Es ist ein gravie-
rendes Problem, dass seit
Monaten Gerüchte um in-
terne Auseinandersetzun-
gen an der Polizeiakademie
die Runde machen. Wenige
werden öffentlich, noch
weniger werden widerlegt.
Klar bleibt: Da stimmt etwas
nicht. Wer diesen Ansatz ne-
giert, will sich nicht mit der
Realität auseinandersetzen.
Tom Schreiber (MDA)

KLARTEXT**Weihnachten
für Bedürftige**

**Für viele Menschen ist
Weihnachten eine glück-
liche Zeit, bei weitem aber
nicht für alle. Wer in Ar-
mut lebt, dem wird nichts
geschenkt, der hat nichts
zu verschenken.**

In der Weihnachtszeit
muss uns bewusst werden,
dass wir in einer Wohl-
standsgesellschaft leben,
die von Überfluss geprägt
ist – und in der trotzdem
Armut herrscht. Ich bin
froh darüber, dass sich
Menschen nicht nur, aber
gerade in der Weihnachts-
zeit, auch für die anderen
interessieren. Es gibt viele
ehrenamtliche Helferinnen
und Helfer, die Kin-
dern, Jugendlichen und
Erwachsenen in der Weih-
nachtszeit helfen wollen.
So hat die freie evangeli-
sche Kirchengemeinde in
Adlershof erneut an der
Aktion „Weihnachten im
Schuhkarton“ mitgemacht.
Ich habe in diesem Jahr
sehr gerne die Schirm-
herrschaft übernommen.
Bürgerinnen und Bürger
waren aufgefordert, Ge-
schenke für Kinder und
Jugendliche zu spenden:
Malsachen, Spielzeug, Sü-
ßigkeiten, aber auch Zahn-
bürsten, Zahnpasta und
Kleidung. Die gespende-
ten Geschenke wurden in
einer großen „Packparty“
eingepackt, mit Weih-
nachtskarten versehen und
für den Versand vor allem
nach Rumänien und Polen
vorbereitet. Dort können
nun dank vieler Spender

und Helfer Kinderaugen
leuchten.

Doch nicht nur dort,
sondern auch bei Kindern
und Jugendlichen – vor
allem aus Jugendhilfe-
einrichtungen in unserem
Bezirk – wird es glückliche
Gesichter zu Weihnachten
geben, dank des Vereins
„Schenk doch mal ein Lä-
cheln“. Bereits zum dritten
Mal werden die aufgestell-
ten Weihnachtsbäume in
den Rathäusern Treptow
und Köpenick sowie im
Bürgerhaus Altglienicke
zu „Wunschweihnachts-
bäumen“. Bedürftige Kin-
der und Jugendliche aus
Berliner Einrichtungen
können ihren persön-
lichen Weihnachtswunsch
äußern und auf einem
Weihnachtstern oder ei-
ner Wunschkarte notieren,
mit denen die Wunschweihnachtsbäume
geschmückt werden. Bürge-
rinnen und Bürger können
einen oder mehrere Wün-
sche als Paten erfüllen und
geben die Geschenke dann
einfach im Rathaus ab. Es
sind mitunter die kleinen
Dinge und Wünsche, mit
denen diese Kinder und
Jugendlichen glücklich ge-
macht werden können.

Und schließlich lade
ich zum zweiten Mal zu-
sammen mit Köpenicker
Markthändlern zu einer
**Weihnachtsfeier für Be-
dürftige** ein. Im Köpeni-
cker Ratsaal wird es ein
musikalisch begleitetes
Weihnachtsessen für die-
jenigen geben, die sonst
keine Weihnachtsfeier ge-
nießen können.

Auch wenn es vielen von
uns im Land gut geht, ha-
ben wir immer noch Ar-
mut vor der Haustür – und
Menschen in Armut müs-
sen wir helfen – das ganze
Jahr. Weihnachten kann
ein Anfang sein.

Ihr
Oliver Igel

Gesagt. Getan. – Ein Jahr Rot-Rot-Grün

Eine Bilanz der fünf SPD-geführten Ressorts

Finanzen



Mit Investitionen in eine gute Zukunft

Nach harten Konsolidierungsphasen können wir jetzt mit Mut und Zuversicht in die Zukunft gehen. Berlin steht vor einem Jahrzehnt der Investitionen. Allein in den nächsten beiden Jahren sollen rund 4,5 Mrd. Euro für ein modernes Berlin investiert werden. Im Sondervermögen „Wachsende Stadt und Nachhaltigkeit“ (SI-WANA) sind 1,16 Mrd. Euro im Topf. Finanziert werden damit unter anderem Sanierungsmaßnahmen am Klinikum Neukölln und am Benjamin Franklin, denn nur in gut ausgestatteten Kliniken können wir die Menschen in Berlin bestmöglich versorgen.

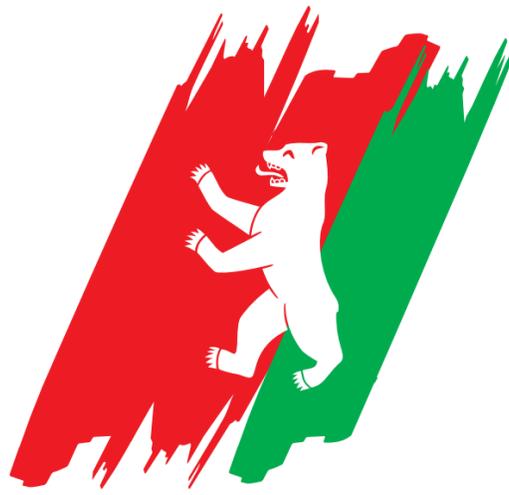
Wir möchten den Alltag der Berlinerinnen und Berliner verbessern: Mit neuen Zügen für die U5, und 50 Mio.

Euro für die Verbesserung der Fahrradinfrastruktur stehen wir für ein Verkehrskonzept, das allen zu Gute kommt – und das bei sinkendem Schuldenstand.

Eine funktionierende Verwaltung für die wachsende Stadt

Berlin wächst und mit der Stadt wächst die Verwaltung. Die Berlinerinnen und Berliner sind aber auf eine schnelle und effiziente Verwaltung angewiesen. Wir setzen dem jahrelangen Stellenabbau in den Bezirksämtern ein Ende. Im Doppelhaushalt 2018/2019 sind 4.900 zusätzliche Stellen vorgesehen. Die deutlich bessere Personalausstattung bedeutet weniger Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Denn unsere Stadt kann sich Stillstand nicht leisten.

Rot-Rot-Grün bringt die Stadt voran. Wir stehen für eine solidarische, offene und sichere Stadt. Eine Stadt, auf die sich die Berlinerinnen und Berliner verlassen können. Mit dem Jahrzehnt der Investitionen sorgen wir dafür, dass wir auch in Zukunft gut aufgestellt sind. Gute Schulen, eine sichere Stadt, eine funktionierende Verwaltung, bessere Pflege und eine nachhaltige Investition in Forschung und Lehre zeigen, dass die SPD geführten Ressorts sich an ihr Versprechen, Politik für die Berlinerinnen und Berliner zu machen, halten. Mit uns an der Spitze werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Mit Mut, Respekt und Verantwortung. Für ein Berlin für alle.



Pflege



Mehr Personal für funktionierende Gesundheitsämter

Wir stärken den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). In den nächsten Jahren werden über 400 neue Stellen geschaffen und die Gesundheitsämter damit personell um 25 % aufgestockt. Damit sichern wir die gesundheitliche Versorgung der Berlinerinnen und Berliner.

Kostenfreies WLAN in Berliner Krankenhäusern

Der Zugang zu WLAN gehört heute zur Grundversorgung wie Strom oder Wasser. Mit unserem Programm für kostenloses WLAN investie-

ren wir in einer ersten Stufe knapp 5 Millionen Euro.

Bessere Beratung, bessere Pflege

Mit der Eröffnung des 36. Pflegestützpunktes in Berlin haben wir die Pflegeberatung in der Stadt ausgebaut. Die Pflegestützpunkte beraten kompetent und kostenlos Pflegebedürftige und betroffene Angehörige über Pflegeangebote, Umbaumaßnahmen in Wohnungen oder Selbsthilfegruppen.

Gleichzeitig wollen wir die Pflegebedürftigen besser in den stationären Pflegeeinrichtungen betreuen. Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte helfen den Pflegebedürftigen.

Bildung

Bessere Schulen für bessere Bildung

Die Schulbauoffensive hat begonnen: Rund 830 Millionen Euro hat die Koalition in diesem Jahr für Schulbau und Schulsanierung zur Verfügung gestellt. Das sind über 180 Mio. Euro mehr als 2016 und damit so viel wie noch nie (35 % mehr als 2016). Allein in den Herbstferien wurde an 250 Berliner Schulen gebaut und saniert. Unsere Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler brauchen Schulen, die Lust auf Lehren und Lernen machen. Gute Lehr- und Lernorte bilden die Basis für eine erfolgreiche Bildungskarriere.



Bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte

Motivierte Lehrkräfte unterstützen und fördern unsere Kinder. Unser Respekt gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern in Berlin zeigt sich auch in der Bezahlung der Grundschullehrkräfte. Denn gerade die Grundschule ist für den weiteren Bildungsweg entscheidend. Berlin ist Vorreiter bei der besseren Bezahlung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer. Als erstes Bundesland sorgen wir dafür, dass sie die gleiche Bezahlung bekommen, wie ihre Kollegen an den Oberschulen.

Größte Budgetsteigerungen, mehr Lehrkräfte und bessere Bezahlung

In den nächsten fünf Jahren erhalten die Berliner Hochschulen durch die Hochschulverträge jedes Jahr 3,5 % mehr Geld. Mit dem Rekordplus von insgesamt 650 Mio. Euro werden bessere Rahmenbedingungen in Lehre und Forschung gesichert. Um den Lehrermangel längerfristig in den Griff zu bekommen, soll die Zahl der Lehramtsabsolventen von derzeit 1.000 bis zum Jahr 2022 auf 2.000 pro Jahr gesteigert werden. Gut 70 Mio. Euro werden in den Ausbau der Ausbildungskapazitäten investiert. Lehrbeauftragte an Hochschulen werden besser bezahlt und der Anteil unbefristeter Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau wird weiter erhöht.

Innovative Forschung und Lehre für bessere medizinische Versorgung

Der Charité-Vertrag 2018-2022 stärkt die Rahmenbedingungen für innovative Forschung und Lehre in der größten deutschen Universitätsklinik und sichert damit die bestmögliche medizinische Versorgung für die

Wissenschaft

Berlinerinnen und Berliner. Mit jährlichen Budgetsteigerungen von 3,5 % erhält die Charité in den kommenden fünf Jahren zusätzlich 114 Mio. Euro. Wie an den Hochschulen steigt der Anteil unbefristeter Verträge beim wissenschaftlichen Personal im akademischen Mittelbau. Um dem dringenden Bedarf an Pflegefachkräften zu entsprechen, richtet die Charité hierfür einen neuen Studiengang ein und erhält im Rahmen des Vertrags insgesamt 7,9 Mio. Euro.

Forschung für die Zukunft

Neue wissenschaftliche Impulse werden gezielt durch Förderung neuer und Ausbau bestehender Forschungskompetenzen geschaffen. Dazu zählt die Digitalisierung, mit dem Einstein Center für Digitale Zukunft sowie dem Deutschen Internet Institut, die Migrations- und Integrationsforschung, die islamische Theologie, die Konflikt-, Friedens- und Terrorismusforschung oder etwa die Erforschung von Alternativen zu Tierversuchen.

Zudem stärken die Hochschulverträge ganz bewusst die Forschungskoooperation zwischen den Hochschulen und die Nutzung von Synergien.

Inneres



Eine sichere Stadt für alle

Die Berlinerinnen und Berliner müssen sich in der Stadt sicher fühlen. Unsere Freiheit ist ohne persönliche und öffentliche Sicherheit nicht denkbar. Der Berliner Senat hat deshalb ein Präventions- und Sicherheitspaket beschlossen, um die Berliner Sicherheitsarchitektur zu überprüfen und wo nötig zu verbessern. 4,7 Mio. Euro stehen etwa für Prävention und Deradikalisierung zur Verfügung. Wir möchten so früh wie möglich Angebote schaffen, um Menschen abzuholen, bevor sie sich radikalieren. Wir sehen hin und helfen.

Polizeipräsenz sichern

Die Berliner Polizei wird weiterhin insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten und Brennpunkten in der Stadt eine erhöhte Präsenz zeigen und mit Barrieren für eine besondere Sicherung sorgen. Auch das Konzept der „Alexwache“ setzt auf eine dauerhafte Polizeiprä-

senz: Hier werden noch vor Weihnachten Beamtinnen und Beamte des Landes und der Bundespolizei zusammen mit dem Ordnungsamt Mitte rund um die Uhr für mehr Sicherheit auf dem Alex sorgen. Auch mit der BVG gibt es eine enge Kooperation: Die gemeinsamen Streifen sorgen für mehr Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr.

Ausstattung der Sicherheitsbehörden stärken

Um die zu schützen, die uns schützen, sorgen wir für eine bessere Ausstattung von Polizei und Feuerwehr. Das umfasst z.B. die Anschaffung und Verbesserung von Schutzwesten, die Ausstattung mit Fahrzeugen, die Modernisierung von Rettungsfahrzeugen, die Schutzausstattung der Feuerwehr, eine moderne Bewaffnung der Polizei, die Einrichtung mobiler Wachen sowie die Verbesserung des Digitalfunks. Dafür werden in diesem Jahr aus dem Haushalt 40,5 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt.

Glühweinduft und Kunsthandwerk

Das sind Berlins schönste Weihnachtsmärkte

Leuchtende Weihnachtssterne, der Duft von Glühwein und edle Kunsthandwerk: Weit über hundert Berliner Weihnachtsmärkte locken in diesen Tagen zum Besuch. Alle haben sie ihren eigenen Charakter: die einen glitzernd-rummelig, die anderen traditionell und heimelig.

Weihnachtsmärkte haben in Berlin eine lange Tradition. Zwei Mariengroschen waren 1530 fällig, damit Händler „Honigkuchen und andere Syrupteiggebäcke“ rund um Petriplatz und Molkenmarkt anbieten konnten. Solch mittelalterliche Atmosphäre lebt auch jetzt wieder auf, zum Beispiel auf dem Weihnachtsmarkt auf dem **RAW-Gelände** in Berlin-Friedrichshain (Mo-Do 15 bis 22 Uhr, Fr und Sa 12 bis 22 Uhr, So 12 bis 19 Uhr). Dort, wo die Clubszene zu Hause ist, zeigen im Dezember Töpfer, Schmiede und Holzschneider beim Schein von Fackeln und Feuerstellen ihre Kunst. Dazu gibt es heißen Honigwein und Akrobatik.



Die winterliche Zeltstadt auf dem Gendarmenmarkt lockt auch in diesem Jahr wieder viele Besucherinnen und Besucher an

Foto: Horb

Unweit der Hackeschen Höfe bietet die **Sophienstraße** in Mitte an den Adventswochenenden (Sa 12 bis 20 Uhr, So 11 bis 19 Uhr) eine stimmungsvolle Kulisse für den 22. Umwelt- und Weihnachtsmarkt – mit natür-

lichen und regionalen Produkten sowie Design- und Handwerksarbeiten.

Rund um den **Kollwitzplatz** öffnet an den ersten drei Dezembersonntagen (12 bis 19 Uhr) ein vorweihnachtlicher Ökomarkt. Und

die **Domäne Dahlem** lädt an den Adventswochenenden (11 bis 19 Uhr, Eintritt 3 Euro) wieder zum Bummel und zu Kutschfahrten in ländlicher Umgebung ein.

Der große Markt vor dem kunstvoll angestrichelten

Schloss Charlottenburg ist in diesem Jahr um einen Kinder-Weihnachtsmarkt an der Orangerie mit Eisenbahn und Mini-Achterbahn erweitert (Mo-Do 14 bis 22 Uhr, Fr-So 12 bis 22 Uhr). Malerei, Fotografie und Textilarbeiten sind an den Adventssonntagen auf dem Markt am **Mexikoplatz** (11 bis 19 Uhr) zu finden.

Am **Gendarmenmarkt** ist wieder eine kleine Zeltstadt entstanden, in der es Glühwein, weihnachtliche Delikatessen, Glasbläserkunst und Keramik gibt, untermalt mit weihnachtlichen Klängen auf einer Bühne vor dem Konzerthaus (bis 31. 12., 11 bis 22 Uhr, Eintritt 1 Euro).

An skandinavische Weihnachtstraditionen knüpft der Lucia-Markt im Hof der **Kulturbrauerei** (bis 23. Dezember, Mo-Fr 15 bis 22 Uhr, Sa/So 13 bis 22 Uhr) mit Handwerk, nostalgischem Kettenkarussell und schwedischen Köstlichkeiten an.

Nordisch geht es auch auf dem **Gutshof Schloss Britz** zu (15.-17.12. und 22.-26.12.,

11-21 Uhr (Fr ab 14 Uhr), 24.12. geschlossen, Eintritt 3 Euro). Im Schein des Feuers werden hier Kerzen gedreht und Hölzer gedrechselt.

Für ungewöhnliche und kreative Geschenkideen sorgen die Designer, die ihre Produkte beim „Holy Shit Shopping“ am 16./17.12. in der **Arena** in Treptow (Eichenstr. 4, ab 12 Uhr) anbieten.

Nach dem bedrückenden Attentat am Breitscheidplatz im vergangenen Jahr sind die Sicherheitsvorkehrungen in diesem Jahr verstärkt worden. Betonpoller schirmen die Stände von den Straßen ab. So werden auch die großen kommerziellen Weihnachtsmärkte rund um die **Gedächtniskirche**, in der **Spandauer Altstadt**, am **Alexanderplatz**, die Winterwelt am **Potsdamer Platz** oder der Markt vor dem **Roten Rathaus** mit mittelalterlichen Marktgassen und dem Riesenrad wieder gut besucht sein. *Ulrich Horb*

Alle Märkte im Überblick: www.weihnachteninberlin.de

KURZ NOTIERT

HÖHERE ZUSCHÜSSE FÜR MIETKOSTEN

Ab 2018 werden die Mietzuschüsse für einkommensschwache Haushalte erhöht. Darauf hat sich der rot-rot-grüne Senat verständigt. Konkret geht es um die Mieten von Betroffenen, die den aktuellen Richtwert um nicht mehr als 10 Prozent übersteigen.“

Dazu die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Ülker Radziwill: „Durch die Einbeziehung der in der Single-Hauptstadt Berlin besonders begehrten kleinen Wohnungen unter 40 Quadratmeter sowie der mittleren Wohnlagen sind die Richtsätze der AV Wohnen spürbar angestiegen. Insbesondere für 18.000 Familien und 16.000 Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern bedeutet das, dass sie ihre Miete nicht mehr aus dem Kühlschrank bezahlen müssen.“

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin
und den Bezirken (Seiten 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:
SPD Landesverband Berlin,
Landesgeschäftsführerin Annett Seltz
(V.i.S.d.P.), Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion:
Christina Bauermeister,
Ulrich Horb, Birte Huizing,
Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum,
Ulrich Schulte Döinghaus

Rätseherstellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Satz & Grafik: Hans Kegel - SPD Berlin
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Viel Lärm ums stille Örtchen Das ist typisch Deutsch



Eine City-Toilette am Kudamm Ecke Schlüterstraße Foto: Rosenbaum

Warum es richtig ist, dass der Senat den Betrieb der öffentlichen Toiletten neu gestalten will

Sie gehören seit 1994 zum Berliner Straßenbild: Die 172 City-Toiletten, die vor allem auch durch ihre Werbeflächen auffallen. Schon der vorige Senat von SPD und CDU hatte beschlossen, den Betrieb der öffentlichen Toiletten neu auszusprechen. Allerdings will die CDU nichts mehr davon wissen und alles beim Alten belassen. Und zwar wider besseres Wissen.

Eine Legende sitzt noch immer in vielen Köpfen: Die vom kreativen mittelständischen Berliner Unternehmer Hans Wall, der sich fast schon uneigennützig um die „Stadtmöblierung“ kümmert und moderne WCs an die Stelle versiffter „Bedürfnisanstalten“ gesetzt hat. 1994 machte der Diepge-Senat mit ihm einen Deal: Wall installiert auf eigene Rechnung die Toiletten und darf sie nach Belieben als Werbeflächen nutzen. Inzwischen aber gehört Wall

mehrheitlich die Firma gar nicht mehr, sondern einem französischen Konzern. Und der will nicht offenlegen, was er aufwendet und einnimmt.

Zu den wettbewerbsrechtlichen Bedenken kommt hinzu, dass die City-Toiletten in die Jahre gekommen sind. Bei einer Stichprobe war fast jede vierte Toilette gerade nicht benutzbar. Zudem haben die City-Toiletten eine extrem unterschiedliche Auslastung, was nahelegt, noch einmal über die richtigen Standorte nachzudenken.

Der SPD-Umweltexperte Daniel Buchholz sagt: „Es geht um eine Verbesserung bei der Versorgung mit öffentlichen Toiletten. Die ungleiche Verteilung in den Bezirken bildet den Bedarf nicht ab. Es muss einen erheblichen Zuwachs mit über 100 neuen Standorten geben, folgt man dem Bedarf, den Bezirke und Sozialverbände benannt haben.“

Außerdem sei, so Buchholz, eine Koppelung mit Werbegeschäften laut Kartellamt nicht rechtens.

Noch bis Ende 2018 läuft der Vertrag mit der Wall AG, die selber kein Interesse mehr an einem Weiterbetrieb hat, wenn das Werbegeschäft wegfällt. Im November 2017 wurde der Vertrag neu ausgeschrieben, wenn Anfang 2018 die Vergabe erfolgt, könnte es im Jahr 2019 sogar noch mehr öffentliche Toiletten geben. Die Panikmache der CDU, wonach sich die Bürgerinnen und Bürger in der Übergangszeit in Dixi-Klos zwingen müssten, ist Unsinn.

Es gibt auch die Option, dass der Senat die Wall-Toiletten kauft. Bisher gehen jedoch die Vorstellungen über den Kaufpreis noch auseinander. Und selbst wenn es zwischen Abbau der alten und der Errichtung neuer Toiletten zu einer Verzögerung kommen sollte, gibt es bessere mobile Lösungen als Dixi-Klos.

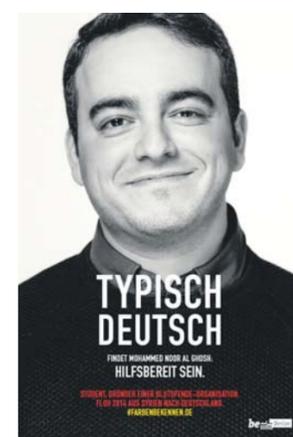
Auf eines hat sich der Senat bereits festgelegt: Die Benutzung wird auch künftig nur 50 Cent kosten und für Behinderte gratis sein – sie erhalten einen speziellen Schlüssel. Den Senat kostet der Betrieb einige Millionen Euro im Jahr, aber die künftigen Betreiber würden Einnahmen abführen und die Werbeflächen werden getrennt vergeben – auch diese Einnahmen wandern in die Staatskasse.

Ulrich Rosenbaum

Engagierte Geflüchtete berichten, was für sie Deutschland ausmacht

In einer neuen Plakatkampagne des Berliner Senats bekennen Geflüchtete Farbe, die in Berlin eine neue Heimat gefunden haben und sich aktiv für andere und das gemeinsame Zusammenleben engagieren.

Initiatorin der Kampagne ist die Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement Sawan Chebli (SPD). Sie erklärt: „Ich habe in den letzten Monaten viele engagierte Geflüchtete getroffen, die alle eins gemeinsam haben: Sie haben ihre Heimat verlassen und eine neue in Berlin gefunden.“



Noor al Ghosh rief eine Blutspende-Aktion nach dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz ins Leben.

Foto: farbenbekennen.de

Und dieser neuen Heimat fühlen sie sich verpflichtet.“

Acht Geflüchtete zeigen auf den Plakaten ihr Gesicht und erzählen zum einen ihre Erfolgsgeschichte und zum anderen, was für sie typisch Deutsch ist. Ziel dieser Kampagne ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass Geflüchtete nicht nur „nicht integrierbar“ sind, sondern auch Verantwortung übernehmen und der Gesellschaft durchaus etwas zurückgeben können und mitunter schon haben. So wie etwa Mohammed Noor al Ghosh, der Hilfsbereitschaft für typisch Deutsch hält und nach dem Anschlag am Breitscheidplatz unter Geflüchteten zum Blutspenden aufrief.

Chebli ruft auch die Berlinerinnen und Berliner auf, sich zu bekennen – und zwar gegen Hass und Hetze. Auf der neuen Website www.farbenbekennen.de kann sich jeder informieren, ein Social-Media-Wettbewerb fordert die Hauptstadtbewohner auf, zu erzählen, was sie für typisch deutsch halten. Entstehen soll ein Mosaik aus vielen Menschen, die sich helfen und sich einander verpflichtet fühlen.

SB

Vom Beton der Stasi verschont

Verein »Berliner Unterwelten« baut Besuchertunnel an der Bernauer Straße

Am Ende fehlten nur wenige Meter, bis die Tunnelgräber 1971 die Brunnenstraße nach mehr als 100 Metern Tunnellänge und mehr als neun Monaten Grabungszeit den Ostteil Berlins erreicht hätten. Nur wenige Meter trennten die Fluchthelfer von den Menschen, denen sie ein Leben in Freiheit ermöglichen wollten.

Doch anders als frühere Tunnel konnten die Westberliner Hasso Herschel und Ulrich Pfeifer diesen nicht fertigstellen. Die Stasi kam ihnen kurz vor dem Ziel auf die Schliche. Was beide nicht wussten: Bereits im Mai 1970 hatte die Stasi entlang der Bernauer Straße ein Tunnelortungssystem installiert mit Mikrofonen zur Geräuschortung. Und so war es nur eine Frage der Zeit, bis die Stasi mithilfe von Ultraschallgeräten herausbekam, wo sie graben musste.

Im Februar 1971 wurde

die Stelle im Todesstreifen vom VEB Spezialtiefbau aufgegraben und der Tunnel größtenteils mit Beton verfüllt. Von der anderen Seite der Mauer konnten Hasso Herschel und Ulrich Pfeifer von einem Podest an der Bernauer Straße nur hilflos zuschauen.

Doch da der Tunnel horizontal in Richtung Brunnenstraße verlief, wurde das östliche Ende vom Beton der Stasi verschont.

Genau dieses Ende ist es, was der Verein Berliner Unterwelten nun durch einen neu entstehenden Besuchertunnel kreuzen will. Für den Vorstandsvorsitzenden des Berliner Unterwelten e.V., Dietmar Arnold, ist der Bau des 30 Meter langen Besuchertunnels das „aktuell wichtigste Vereinsprojekt“. Erstmals werde damit ein noch erhaltener Fluchttunnel für die Allgemeinheit sichtbar gemacht. Seinen Ausgangspunkt wird der



Damalige Fluchthelfer Ulrich Pfeifer (l.) und Hasso Herschel (r.)

Foto: Bauermeister

Tunnel im Keller der früheren Oswald-Berliner-Brauerei an der Brunnenstraße 143 haben. Dort lagern bereits einige Dutzend der insgesamt 360 Fertigbeton-

Segmente, die die Vereins-Ehrenamtlichen mit fachmännischer Hilfe in den kommenden Monaten verbauen werden. Gegraben wird dabei so wie im Jahr

1971: manuell. High-Tech-Geräte, die die unterirdischen Arbeiten erleichtern oder beschleunigen würden, kommen nicht zum Einsatz. Mit einem dreiviertel Jahr

Bauzeit rechnet Dietmar Arnold ungefähr. Im Sommer 2018 soll der Tunnel fertiggestellt sein. Die Baukosten belaufen sich auf rund 200.000 Euro.

Die Bernauer Straße an der Grenze zwischen den Ortsteilen Gesundbrunnen und Mitte war ein Brennpunkt für Tunnelflüchten von Ost- nach West-Berlin. Auf einer Streckenlänge von nur 350 Metern wurden die Grenzsperranlagen dort sieben Mal untertunnelt.

C. Bauermeister

Berliner Unterwelten e.V.
Brunnenstr. 105
13355 Berlin

Dezember bis Februar:
Do bis Mo 10 bis 16 Uhr,
Di und Mi 10 bis 14 Uhr

Geschlossen:
23. bis 26. Dezember 2017,
1. Januar 2018

Tickets über www.reservix.de
oder am Ort der Tour
www.berliner-unterwelten.de

Ernst Reuter als Sowjetkommisssar

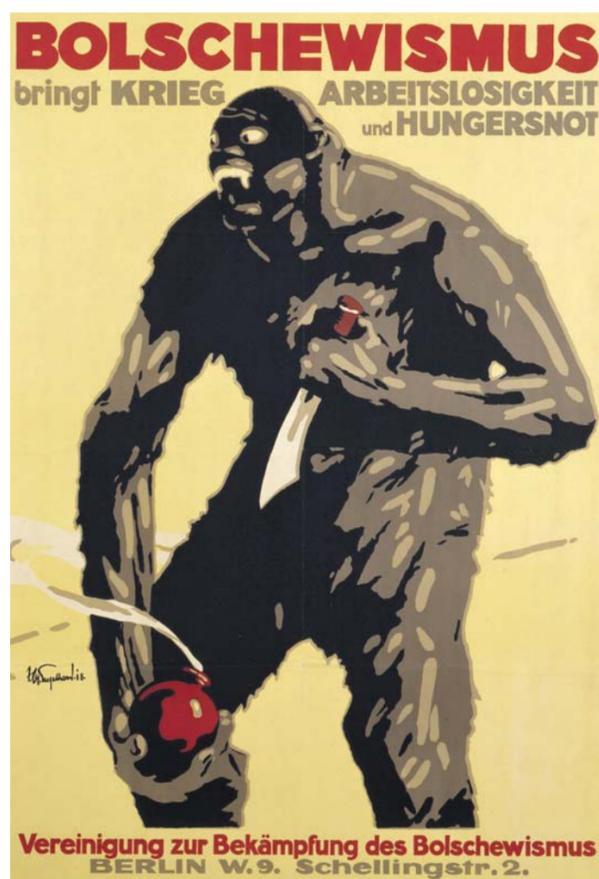
Ausstellung über den Einfluss der Russischen Oktoberrevolution

„Wenn als Erbe der bankrotten Staatsgewalt nicht ein demokratisches, sondern ein diktatorisches Regime auftritt, verschlimmert es die Situation, da es den Bürgerkrieg zur notwendigen Folge hat. Die Diktatur der unteren Schichten ebnet den Weg für die Diktatur der Säbel.“ Das formulierte der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky (1854 bis 1938) in seiner berühmten Schrift „Die Diktatur des Proletariats“, die er 1918 unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution herausgab.

Das Werk ist eine ebenso kluge wie beherzte Abrechnung mit den „bolschewistischen Genossen“ (Kautsky), die Russland zu der Zeit mit einem Bürgerkrieg überzogen, der zwischen acht und zehn Millionen Opfer forderte.

Ein Exemplar von Karl Kautskys Abrechnung mit der „Diktatur der Säbel“ ist in einer der Glasvitrinen ausgelegt, die zurzeit in einer Jubiläums-Ausstellung zu 100 Jahren Oktoberrevolution im Deutschen Historischen Museum zu sehen ist. Dort sind über 500 Exponate von mehr als 80 internationalen Leihgebern ausgestellt, darunter Gemälde, Plakate, Porzellan, Statuen, Uniformen, Alltagsgegenstände und Fotografien.

Eine Aufnahme zeigt den späteren Berliner Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter als jungen Soldaten im Ersten Weltkrieg. In rus-



Julius Ussy Engelhard, Bolschewismus bringt Krieg Arbeitslosigkeit und Hungersnot, Plakat der Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus, 1918

© Deutsches Historisches Museum

sischer Gefangenschaft wurde Reuter zum überzeugten Kommunisten und avancierte unter den Bolschewiki gar zum Volkskommisssar. Zurück in Deutschland rückte Ernst Reuter mehr und mehr von der KPD ab und fand 1922 wieder zur Sozialdemokratie zurück.

Der Lebensweg des jungen Reuter zeigt beispielhaft, wie fasziniert große Teile auch der deutschen Arbeiter-

klasse – zumal Intellektuelle – von der Dynamik und Wucht der Revolution in Russland waren. Ihr Höhepunkt war die Machtübernahme durch Wladimir Iljitsch Lenin. Dieser gilt als Staatsgründer der Sowjetunion, die er 1922 auf dem Blut der Bürgerkriegsopfer formierte.

Auch wenn sozialdemokratische Theoretiker wie Karl Kautsky immer wieder an das marxistische „Gesetz“

erinnerten, dass „Revolutionen sich nicht machen lassen können, sondern dass sie aus den Verhältnissen entspringen“, machten sich auch in West- und Süd-Europa (nicht nur) Kommunisten daran, dem russischen Vorbild nachzueifern.

In Deutschland wurden Arbeiter- und Soldatenräte installiert, die bald scheiterten – trotz reger Unterstützung durch die russische Botschaft in Berlin für den kommunistischen Spartakusbund unter Leitung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dafür sind interessante Belege in der Revolutionsausstellung zu studieren – aber auch großartige, mitreißende Werke jener Kulturepoche.

Sie zeigen, dass die Russische Revolution von 1917 wahrscheinlich das erste Ereignis der Menschheitsgeschichte war, in dem die neue und wirkmächtige Massensprache der Filme, Fotografien und Plakate eine buchstäblich revolutionäre Rolle spielte.

Uli Schulte Döinghaus

„1917. Revolution.
Russland und Europa“

Öffnungszeiten:
täglich 10 bis 18 Uhr,
Eintritt bis 18 Jahre frei,
Tagesticket 8 Euro,
ermäßigt 4 Euro

Deutsches Historisches
Museum, Unter den Linden 2,
10117 Berlin
Telefon 030. 20304-0
E-Mail: info@dhm.de
www.dhm.de/ausstellungen

Netz und Demokratie

10 Wege aus der digitalen Unmündigkeit

Die Digitalisierung hat mit Industrie 4.0 nicht nur die Wirtschaft erobert, sondern auch den Politikbetrieb: Hackerangriff auf den Bundestag, politische Kompromittierung mit gehackten und veröffentlichten E-Mails, Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Fake News und Social Bots, d.h. mit computergenerierte anonyme Meinungsäußerungen im Internet, usw. Vor Jahren war dies noch als überzogene Apokalypse eingeschätzt worden. Nun ist es zur Realität geworden.

Aleksandra Sowa analysiert in ihrem Buch die politische Dimension der Digitalisierung und die damit verbundenen Konsequenzen. Sie spannt einen großen Bogen von Big Data Mining, der Datensammlung, bis zur Nutzung der Digitalisierung durch politische Organisationen einschließlich der Parteien. Dabei erinnert sie u.a. an das Experiment des virtuellen Ortsvereins in der SPD.

Sie spürt der Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger von den Parteien nach, den Trends zu vermeintlich demokratisch anmutenden Willensäußerungen via Internet. Für die Demokratie ist es durchaus überlebenswichtig, ob scheinbar neutrale Zahlenwerke tatsächlich politische Aussagekraft besitzen. Mit Blick auf die USA wird die Computerisierung mit Wahlautomaten infrage gestellt. Die Autorin, die im Datenschutz eines

großen Technologiekonzerns tätig ist, skizziert sachkundig die aktuelle Problemlage. Sie kennzeichnet die Schwachstellen der digitalen Entwicklung und bietet denkbare Lösungsmöglichkeiten.

Sowa plädiert für mehr Aufklärung, vor allem für mehr Selbstverantwortung der Nutzer der digitalen Welt. Sie sieht die Notwendigkeit, konkrete Rahmenbedingungen und politische Leitplanken für die Digitalisierung zu schaffen. Zuweilen liest sich das Buch wie eine atemlose Parforcejagd durch das Thema, das eine große Bandbreite ausweist und leider an vielen Stellen wünschenswerten Tiefgang vermissen lässt.

Gunter Lange



Aleksandra Sowa,
Digital Politics,
So verändert das Netz die Demokratie,
Verlag J.H.W. Dietz
Nachf., Bonn,
180 Seiten, 2017, 12,90 €,
ISBN 978-3-8012-0508-9

Bankkonto: Richtig sparen

Die Kontoführung ist so teuer wie nie – noch gibt es kostenlose Alternativen

Die Entwicklung bei Banken und Sparkassen wird für Kundinnen und Kunden unerfreulicher. Filialen werden geschlossen, Serviceleistungen reduziert und Gebühren erhöht.

Alles kam ins Rutschen, als die Postbank vor zwei Jahren auf einmal fast neun Euro Kontoführungsgebühren pro Monat von allen verlangte, die nicht mehr als 3.000 Euro monatliches Einkommen haben. Das Berliner Stadtblatt hat sich für Sie umgeschaut und ausprobiert, welche Banken für wen infrage kommen.

Die wichtigste Frage: Brauche ich noch eine Bank mit Schalter-Service? Die klassischen Regionalbanken in Berlin lassen sich das gut bezahlen. Die Stiftung Warentest hat genauer hingeschaut. Bei der Berliner Sparkasse bezahlt man je nach Kontomodell von 44 bis zu 124 Euro im Jahr für die Kontoführung. Bei der Volksbank Berlin sind es zwischen 70 und 200 Euro. Dabei sind die Zeiten der „Bank um die Ecke“ nicht mehr das, was sie mal waren: Beide Berliner Banken haben reihenweise Filialen geschlossen und nur noch Bankautomaten übriggelassen.

Als regionale Bank zählt zudem die Sparda-Bank Berlin. Hier muss man jedoch – ebenso wie bei der Volksbank – einen Genossenschaftsanteil zeichnen sowie 700 Euro Mindesteinkommen haben.



Diese Sparkassen-Filiale am Steglitzer Damm wurde vor kurzem geschlossen.

Foto: Rosenbaum

Auch überregionale Institute wie Deutsche Bank oder Unicredit Hypovereinsbank sind und waren schon immer teuer. Die Commerzbank, die eine Reihe von Filialen in Berlin unterhält, bietet dagegen ein kostenloses Konto ab 1.200 Euro Monatseinkommen; die Santander Bank, die ebenfalls mehrere Filialen betreibt, sogar eine kostenlose Kontoführung ohne Bedingungen.

Die Krise der Banken ist zum einen auf die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank und andererseits auf die Digitalisierung zurückzuführen. Immer mehr Menschen führen ihre Konten nur noch online. Wem das reicht, für den sind

vor allem zwei Banken unschlagbar günstig: Die DKB und die Ing-DiBa, die aus der Fusion der gewerkschaftseigenen DiBa mit der niederländischen Ing-Bank entstanden ist. Bei beiden ist nicht nur das Konto kostenlos: Neben der Giro- ist auch die Visa-Card gratis, mit der man an allen Automaten – egal welcher Bank – gebührenfrei Bargeld abheben kann. Die Ing-Diba hat für größere Barbeträge auch in Berlin ein paar Dutzend „stumme Filialen“, also eigene Automaten an Tankstellen und in Einkaufszentren. Weitere günstige Online-Banken sind Comdirect und die Consumer Bank von Santander sowie

die Norisbank und die Consorsbank.

Ein Kriterium sind für nicht wenige Bankkunden die Überziehungszinsen. Deren Spanne reicht derzeit von 6,50 Prozent bei der Comdirect bis zu stolzen 11,66 Prozent bei der Sparda-Bank Berlin.

Fazit: Wer keinen Schalter-Service braucht, ist mit Comdirect, DKB und Ing-DiBa gut bedient, wobei die Ing-DiBa den besseren Bargeld-Service bietet. Wer gelegentlich persönlichen Service wünscht, ist bei der Santander Bank oder – bei ausreichendem Einkommen – der Commerzbank am besten aufgehoben.

U.R.

Schneeflocke wird Pflicht

Ein gezacktes Dreieck mit einer Schneeflocke: Wer neue Winterreifen kauft, sollte auf dieses Symbol achten. Denn ab 1. Januar 2018 reicht die Bezeichnung „M+S“ nicht mehr aus, das neue Alpine-Symbol wird Pflicht. Vorhandene Winterreifen müssen jedoch nicht sofort ersetzt werden.

Bei den Reifenprofilen und Materialien wurde für die Erlangung des Kennzeichens nicht viel geändert.

Man kann weiterhin mit den M+S-Reifen im Winter fahren. Ab dem 1. Januar gilt das Alpine-Symbol nun eben für alle Hersteller verpflichtend, vor allem für die, die ihre Reifen im Internet anbieten.

Besonders für Lkw und Kleintransporter ist die neue Regelung wichtig. Gerade der zunehmende Schwerlastverkehr erfordert im Winter bei überfrierender Nässe oder Schneematsch mehr Sicherheit auf der Straße. SB

Änderungen beim Mutterschutzgesetz

Das neue Mutterschutzgesetz ist zum Teil schon 2017 in Kraft getreten – einige Änderungen gelten erst ab Anfang 2018.

Die Schutzfrist von sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt des Kindes gilt künftig auch für Schülerinnen und Studentinnen. Sie werden in dieser Zeit von Pflichtveranstaltungen befreit.

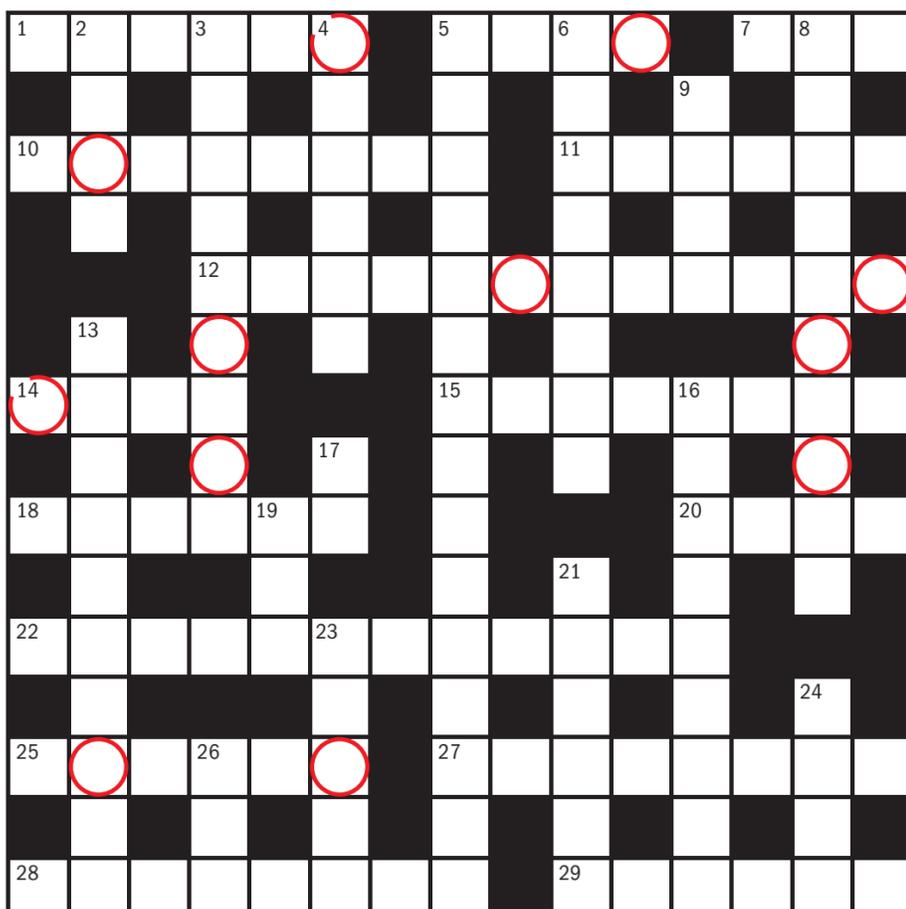
Um den Arbeitsschutz zu verbessern, müssen Arbeitgeber künftig für jeden Arbeitsplatz eine Gefährdungsbeurteilung erstellen – unabhängig davon, wer dort arbeitet und ob eine Mitarbeiterin schwanger ist. Es wird jeweils überprüft, ob hier besondere Schutzbedürfnisse für schwangere oder stillende Frauen bestehen. Zusätzlich sollen vertiefte Gefährdungsbeurteilungen für den individuellen Arbeitsplatz der betreffenden Mitarbeiterin vorgeschrie-

ben werden. Bislang gilt das nur für Arbeitsplätze, an denen mit möglicherweise belastenden chemischen, biologischen oder physikalischen Stoffen gearbeitet wird.

Das Gesetz sieht auch ein allgemeines Beschäftigungsverbot für werdende Mütter vor, die Arbeiten in einem vorgegebenen Zeittempo erledigen sollen. Derzeit ist nur die Beschäftigung von Schwangeren für Fließband- und Akkordarbeit ausgeschlossen und das Arbeiten in einem langsameren Zeittakt erlaubt.

Neu ist auch, dass die Regelungen zur Mehr- und Nacharbeit branchenunabhängig gefasst werden und Frauen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung der Arbeitszeit bekommen. Außerdem gilt zukünftig für Frauen, die nach der zwölften Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt haben, ein Kündigungsschutz. SB

Berliner Preisrätsel



ZU GEWINNEN SIND 5 BÜCHER ZUR BERLINER GESCHICHTE

WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 1 Niente, nada, nichego
- 5 Spiel zu dritt mit Ansage
- 7 legendäres Scheuermittel
- 10 gründlich
- 11 Verbindung zwischen Knochen
- 12 sicher rollen bei Nässe und Schnee
- 14 Schneebretter, altmodisch
- 15 Okay nach Testerfolg
- 18 freud- und lieblos
- 20 Ackertier
- 22 wann kommst du geschneit? (2)
- 25 ausgezeichnet
- 27 opernreif überschwänglich
- 28 wieder zu Kräften kommen
- 29 südpazifische Traumregion

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- 2 stachliger Winterschläfer
- 3 Umfang, oft mit Sorgenmaß
- 4 ungeliebtes Nutztier
- 5 wann kommst du geschneit? (1)
- 6 Nordafrikaner
- 7 Herausragendes Fremdwort
- 8 im Lied trägt er Blätter, in Wirklichkeit nicht
- 9 gegossene Weissagung
- 13 Uhu, ganz in Weiß
- 16 haben Radfahrer immer
- 17 Präposition
- 19 selten
- 21 lat. Bries
- 23 Wellness gegen trockene Haut
- 24 dort stand Nante meist herum
- 26 Vorläuferin des Euro

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben die wunderbar poetische Beschreibung eines astronomischen Phänomens, das schon Annette Humpe und Adel Tawil zu einem Song inspiriert hat.

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.12.2017 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 5 Bücher zur Berliner Geschichte.

DAS LÖSUNGSWORT
aus der letzten Ausgabe:
KANZLERAMT
Die Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

Bezirkshaushalt 2018/2019: Viele positive Veränderungen für die Menschen in Treptow-Köpenick beschlossen

Am 26. September 2017 wurde der Bezirkshaushalt für die Jahre 2018/2019 im Umfang von einer Milliarde Euro mit Stimmen der Fraktionen von SPD, Linken und Grünen, gegen die Stimmen von CDU und AfD, beschlossen.

Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion Alexander Freier-Winterwerb: „Dieser Haushalt hat sich im Verhältnis zu den vorangegangenen Haushalten deutlich verbessert und schafft Gestaltungsspielräume, von denen die Menschen in unserem Bezirk Treptow-Köpenick profitieren werden.“ Die Konsolidierung der letzten Jahre sowie die Veränderungen der Politik des Senats schlagen sich im Bezirksetat deut-

lich nieder. „Die neue Politik des rot-rot-grünen Senats ermöglicht uns endlich Schwerpunktsetzungen, die den Menschen unmittelbar zu Gute kommen werden.“ so Freier-Winterwerb.

So stehen für das Haushaltsjahr mehr Mittel für den Schulbau und die Sanierung der Sportstätten zur Verfügung. Das Schul- und Sportamt erhält eine zweistellige Anzahl neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und auch die Förderung des Breitensports wird deutlich verstärkt.

Die Haushaltsaufwüchse ermöglichen Investitionen in die bauliche Substanz unserer Kultur-, Jugend und Sozialeinrichtungen und das Bezirksamt wird Radwegeplaner und mehr Personal



Foto: Frank Ulbricht / pixelio.de

im Bau- und Grünflächenamt und im Hochbauamt einstellen können. Der Bezirkshaushalt ermöglicht, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit, in der Jugendsozialarbeit und bei freien

Trägern im Sozialbereich endlich tariflich bezahlt werden können.

Darüber hinaus werden die Musikschule, die Volkshochschule, die bezirklichen Theater und Museen sowie die dezentrale Kulturarbeit

auf Initiative der Kooperationspartner SPD und Linke gestärkt. Zudem ist es uns gelungen, mehr Geld für die bezirkliche Arbeit für Demokratie und Toleranz zur Verfügung zu stellen.

Auch die Beschäftigtenvertretung und die Tourismusförderung erhalten einen Aufwuchs. Vom Doppelhaushalt werden somit Menschen aller Altersgruppen profitieren. Für die Kleinsten, indem mehr als 40 Millionen Euro zusätzlich für die Kindertagesbetreuung bereitgestellt werden und für ältere Menschen dadurch, dass das Projekt ‚Leben im Kiez‘ in die bezirkliche Förderung aufgenommen wird.

„Das ist ein Erfolg, über den wir uns sehr freuen,

und wir danken allen Fraktionspartnern SPD und Linke, die daran mitgewirkt haben, für die gute Zusammenarbeit.“ so Alexander Freier-Winterwerb.

Zwei Fraktionen haben sich hingegen entschieden, den Doppelhaushalt 2018/2019 mit den vorgenommenen Änderungen nicht zu akzeptieren. „CDU und AfD haben gegen den bezirklichen Haushalt 2018/2019 gestimmt, obwohl sie jeweils ein Mitglied im Bezirksamt stellen und somit Teil der Bezirksregierung sind – und obwohl auch die Fachbereiche dieser Stadträte deutlich vom kommenden Bezirkshaushalt profitieren werden“, erklärt der BVV-Fraktionsvorsitzende der SPD, Alexander Freier-Winterwerb.

NEUES AUS DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG (BVV) TREPTOW-KÖPENICK

In der Novemberversitzung der BVV wurden wichtige Entscheidungen getroffen.

Zum einen hat sich die BVV auf Initiative von SPD, Grünen, Linken, CDU und FDP hinter die Späth'sche Baumschule in Baumschulenweg gestellt. Die Berliner Stadtreinigung (BSR) hat der Baumschule eine enorm hohe Straßenreinigungsgebühr in Rechnung gestellt, die den Bestand der Baumschule bei Fälligkeit gefährden würde.

Da die Baumschule für den Ortsteil Baumschulenweg namensgebend und identitätsstiftend ist, hat sich die BVV



hinter die Baumschule gestellt. Die BVV fordert, das Berliner Straßenreinigungsgesetz insofern zu verändern, als dass Baumschulen von den Gebüh-

ren befreit werden, wie es in anderen Bundesländern üblich ist. Dieses soll möglichst rückwirkend geschehen. Die Unweltsenatorin der Grünen soll sich für eine Regelung zu Gunsten der Baumschule einsetzen. Auch die BSR muss sich dringend bewegen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die BSR die Gebühren wird einnehmen können, tendiert gegen Null. Sollten die Gebühren fällig werden, müsste die Baumschule Insolvenz anmelden. Die BSR würde somit leer ausgehen. Sollte die BSR auf die Reinigungsgebühren verzichten, bliebe das Ergebnis gleich, jedoch

könnte die Baumschule ihren Betrieb fortführen. Es bleibt also zu hoffen, dass die Vernunft auf allen Seiten siegt und die Späth'sche Baumschule erhalten bleibt.

Hohen Besuch bekam die BVV aus ihrer Partnerstadt Eskişehir/Tepebaşı in der Türkei. Nach sieben Jahren konnte die Städtepartnerschaft besiegelt werden. Gerade in politisch turbulenten Zeiten, in denen das Verhältnis zwischen der Türkei und Deutschland enorm in Mitleidenschaft gezogen ist, ist es wichtig, dass die Zivilgesellschaft die Lücke einnimmt, die durch die

Politik hinterlassen wurde. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe, der Einsatz für Pluralität und Vielfalt sind die Pfeiler unserer Partnerschaft. Bildung, Jugend und Kultur soll die Menschen in beiden Städten zusammenbringen. Möge diese Städtepartnerschaft erfolgreich sein und einen positiven Geist auch in die höheren Politikerebenen bringen.

Für die Denkmalschutzten ehemaligen Ausflugs-gaststätten Riviera und Gesellschaftshaus in Grünau gibt es nun endlich einen Investor, der es ernst meint. Hier sollen Senioren-apartments und eine Tages-

pflageeinrichtung entstehen. Doch auch wenn der Investor eine denkmalgerechte Sanierung zugesagt hat und den Saal von Riviera in Gänze erhalten will, soll das Ensemble um einen umfangreichen Neubau ergänzt werden. Darum hat die BVV beschlossen, dass der – nicht nur für den Ortsteil Grünau – bedeutende Gebäudekomplex weitgehend erhalten werden muss, sondern auch, dass die Flächen der Gaststätte und der Saal öffentlich genutzt werden können und der öffentliche Zugang zur Dahme gewährleistet sein soll.

Toiletten für alle Neubau an der Merian-Schule

Der Senat hat entschieden, den Betrieb öffentlicher Toiletten nicht mehr an die Vergabe von Werbeflächen in der Stadt zu koppeln.

Es gab zwar an den City-Toiletten der Firma Wall qualitativ nichts auszusetzen und für viele hätte es so auch weitergehen können. Die Entscheidung wurde anders getroffen und nun gilt es sicherzustellen, dass mit Vertragswechsel zum 1. Januar 2019 in der gesamten Stadt Berlin öffentliche Toilettenanlagen existieren. „Qualitativ und quantitativ ist der Maßstab die bisherige Leistung der Firma Wall. Wir wollen, dass in der gleichen guten Qualität mindestens genauso viele Standorte von öffentlichen Toiletten in unserem Bezirk existieren, wie wir es gewohnt sind“, betont Bezirksbürgermeister Oliver Igel. „Es sollte perspektivisch sogar mehr Standorte geben“, fordert er.

Dies ist auch vom Senat so vorgesehen, allerdings gibt es Differenzen über den Zeitpunkt. „Als ich davon erfah-

ren habe, dass wir 2019 zunächst sogar mit weniger Toilettenstandorten als zuvor starten könnten, habe ich sofort beim Senat protestiert und gefordert, dass die Standorte erhalten bleiben“, sagte Igel. Die öffentlichen Toiletten in Parks, Grünanlagen, an Bahnhöfen und anderen touristisch bedeutsamen Standorten sind wichtig für Besucher der Stadt, Einheimische und insbesondere für die vielen Menschen mit Behinderungen. „Barrierefreiheit muss gewährleistet werden und gehört heute wie Sauberkeit zu den Anforderungen an öffentliche Toiletten. Die Benutzbarkeit öffentlicher Toiletten ist bedeutend für die Lebensqualität in Berlin“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Der Senat zeigte sich gesprächsbereit und bereitet derzeit die endgültigen Listen der öffentlichen Toilettenstandorte ab 2019 vor. Treptow-Köpenick will darin mindestens mit der Anzahl der bisherigen Standorte enthalten sein.

Die mit jetzt bereits mehr als 950 Schülerinnen und Schülern stark wachsende Merian-Schule im Köpenicker Norden erhält einen Neubau. Der Grundstein dafür wurde nun gelegt. Für 2,7 Millionen Euro aus dem Etat des Bezirksamtes Treptow-Köpenick wird 2019 ein zweigeschossiger Mehrzweckbau errichtet, der künftig die Nutzung als Aula und als Mensa für die Mittagsversorgung ermöglicht. Bisher wurden zusammengelegte Klassenräume zum Schreiben von Prüfungen und zum Essen genutzt. Diese Räume können wieder als Unterrichtsräume hergerichtet werden, wenn der Mehrzweckbau fertiggestellt ist. „Hier an der Merian-Schule können wir praktisch sehen, was es bedeutet, dass Bezirk und Land einen neuen Schwerpunkt auf Schulneubau und Sanierung von Schulen legen. Es wird wirklich investiert und gebaut –



Grundsteinlegung für den zweigeschossigen Mehrzweckbau an der Merian-Schule am Standort Hoernlestraße Foto: Oliver Igel

für die Bildung in unserem Bezirk“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel, der mit dem bezirklichen Hochbauamt in seiner Verantwortung auch für die Baumaßnahmen an Schulen zuständig ist. Die Bedingungen an der Merian-Schule können sich mit diesem Neubau deutlich verbessern. Das gilt für Prüfungen, Mittagessen, aber auch für die Möglichkeit, den Raum

für Proben und Veranstaltungen von Theater-, Musik oder Literaturaufführungen zu nutzen. „Doch damit ist es nicht genug. Die Schulgebäude aller Schulen müssen in den nächsten zehn Jahren begonnen werden zu sanieren. Das wird für alle Beteiligten anstrengend: für Schüler, Lehrer, Eltern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bezirksamt und bei

den Baufirmen. Für die Attraktivität dieser Stadt und für gute Bildung unseres Nachwuchses ist das aber notwendig“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

IMPRESSUM

Seiten 7 und 8

Informationen aus der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Herausgeber:
SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick
Neue Krugallee 4
12435 Berlin

Kontakt:
buero@spd-fraktion-tk.de
www.spd-fraktion-tk.de

Vi.S.d.P.:
Alexander Freier-Winterwerb
(Fraktionsvorsitzender)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
Paul Bahlmann,
Alexander Freier-Winterwerb,
Ellen Haußdörfer,
Oliver Igel,
Marc Oliver Ram,
André Rostalski,
Ana-Maria Trásnea

**STEGANLAGEN AUF UNSEREN
 GEWÄSSERN: UMWELT- VS.
 VERTRAUENSCHUTZ?**

Umweltschutz und Vertrauensschutz – allem Anschein nach ein Gegensatz hinsichtlich der Steganlagen auf den Gewässern im Bezirk: Jedenfalls, wenn man sich die bisherige Genehmigungspraxis des Bezirksamtes ansieht.

Klar ist: Die Gewässer in unserem Bezirk sind kein Privateigentum. Es gibt es kein Vorrecht einzelner, sie zu nutzen. Die Genehmigung von Steganlagen dient auch nicht der Veredlung von Wassergrundstücken.

Klar ist aber auch: Wassersport, Wassertouristik und die damit verbundene Naherholung gehören zu unserem Bezirk, werden ganz überwiegend naturverträglich betrieben und müssen auch weiterhin dauerhaft möglich sein. Darauf müssen sich Wassersportler und Naherholungssuchende verlassen können.

Das Bezirksamt erteilt Genehmigungen für Steganlagen jedoch bislang nur befristet. Und das, obgleich nach § 62 Absatz 2 Berliner Wassergesetz nur die Errichtung und wesentliche Veränderungen der Genehmigung bedürfen. Das gilt auch für Steganlagen, die bereits am 31. Dezember 2003 bestanden, und deshalb unter den Bestandsschutz nach § 31 Absatz 5 Berliner Naturschutzgesetz fallen.

Zu alldem benennt der zuständige Bezirksstadtrat Geschanowski (AfD) keine Alternativen für Treptow-Köpenick. Die SPD-Fraktion hingegen schon. Dafür reicht ein Blick in das Gesetz, § 62 Absatz 5 Berliner Wassergesetz: So ist die Befristung zum einen eine „Kann“-Bestimmung, zum anderen sind aber Bedingungen oder Auflagen möglich, durch die den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes besser Rechnung getragen werden kann. Denn während einer andauernden Befristung den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes vermutlich kaum Beachtung geschenkt wird, ist die Einhaltung von Bedingungen oder Auflagen durch die Verwaltung nicht nur bei Befristungsende zu kontrollieren. Die SPD-Fraktion tritt daher für die Beendigung der Befristungen ein. Zudem sollen Steganlagen, die für die Bestandsschutz gilt, in dem gemeinsam mit den Betroffenen zu erarbeitenden Entwurf des Bezirksamtes für ein Steganlagenkonzept berücksichtigt und ausgewiesen werden.

Sanierungskonzept für das Strandbad Müggelsee

Das geplante Sanierungskonzept für das Strandbad Müggelsee liegt vor und wird Anfang 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Experten waren damit beauftragt worden, intensiv den baulichen Zustand der historischen Strandbadgebäude zu untersuchen und die Sanierungsmöglichkeiten detailliert zu planen. Dabei waren zahlreiche Aspekte des Denkmalschutzes zu beachten. „Mir wurde nun ein Sanierungskonzept vorgelegt, das Grundlage für eine Bauplanungsunterlage ist“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

Der Bund wird die Bauplanungsunterlage prüfen, da dieser Fördermittel an den Bezirk gibt, um das



Foto: SPD-Fraktion Treptow-Köpenick

Strandbad sanieren zu können. Das Sanierungskonzept legt detailliert dar, wie die einzelnen Räume des Empfangsgebäudes, des Funktionsgebäudes und das Außengelände saniert bzw.

restauriert werden müssen, um sie für künftige Nutzungen wieder zu öffnen.

„Ich freue mich, dass es gelungen ist, Vorschläge zu erarbeiten, wie möglichst viel Raum neben den Sanitär-

und Umkleideräumen für Gastronomie und Geschäfte sowie Mehrzweckräume ohne vorgegebene Nutzungsbindung gewonnen werden können. Durch den Einbau von Heizungsanlagen kann das Strandbad endlich ganzjährig genutzt werden“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. „Das Bezirksamt wird in einem Interessenbekundungsverfahren Interessenten für die Nutzung der Flächen im Strandbad die Möglichkeit geben, ihre Ideen und Vorschläge einzubringen. Schon jetzt ist klar, dass nach der Sanierung viel mehr los sein kann im Strandbad Müggelsee als heute“, so Igel weiter.

Bisher konnte das Strandbad wegen einer fehlenden

Heizung nur in den Sommermonaten von Kiosken und Imbissen genutzt werden. Künftig werden weitere Flächen sowie das ehemalige Saunagebäude für die Nutzung durch die Bevölkerung unabhängig von den Witterungsverhältnissen geöffnet.

Bis es dazu kommt, ist jedoch Geduld erforderlich. Nach der Prüfung der Planung müssen aufgrund des großen Investitionsvolumens die Bauleistungen europaweit ausgeschrieben werden. Die Arbeiten selbst werden ebenfalls mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Währenddessen soll der Badebetrieb aber weitergehen. Ziel ist, die Bauzeit durch parallele Arbeiten soweit es geht zu verkürzen.

Baumschulen und die Straßenreinigung

Ein banaler Streit wegen Straßenreinigungsgebühren? Die Späth'schen Baumschulen pachten über eine gemeinnützige Produktionsgesellschaft an die Neue Späthstraße angrenzende Flächen. Die Neue Späthstraße wird kurioserweise als Anwohnerstraße klassifiziert, für die Straßenreinigungsgebühren fällig werden, obgleich es dort keine Anwohnerinnen und

Anwohner gibt. Die alte Späthstraße dagegen wird als Verbindungsstraße klassifiziert, für die keine Gebühren anfallen.

Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne) setzt sich nach ihrem Bekunden dafür ein, Baumschulen, wie in den übrigen Bundesländern wohl üblich, von der Reinigungsgebühr zu befreien. Und auf Initiative der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick hat die BVV

beschlossen dem Bezirksamt zu empfehlen, sich dafür einzusetzen.

Eine Gesetzesänderung kostet jedoch Zeit. Deshalb sieht der Beschluss auch vor, sich dafür einzusetzen, dass die durch Regina Günther (parteilos / für die Grünen) geleitete zuständige Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz auch das Straßenreinigungs-

verzeichnis zugunsten der Späth'schen Baumschule dahingehend ändert, dass die Neue Späthstraße als übergeordnete Straße klassifiziert wird, bei der Anliegerinnen und Anlieger ohnehin nicht zur Entgeltspflicht herangezogen werden müssen. Die Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

sollte kurzfristiger möglich sein als die Änderung des Berliner Straßenreinigungsgesetzes durch das Abgeordnetenhaus von Berlin.

Bereits einen Tag nach dem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung hat Bezirksbürgermeister Oliver Igel persönlich ein entsprechendes Schreiben an die Senatorinnen Ramona Pop und Regina Günther übergeben.

Integration im Dialog

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Integration im Dialog“ des Integrationsbeauftragten von Berlin fand am 18. Oktober 2017 im Rathaus Köpenick die dritte Veranstaltung statt.

Unter dem Schwerpunkt „soziale Integration“ traten über 100 Vertreter*innen aus Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft im Austausch darüber, wie soziale Integration und Teilhabe von geflüchteten Menschen gelingen kann, zusammen.

Bezirksbürgermeister Igel eröffnete die Veranstaltung und dankte den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bezirk für ihr Engage-

ment. Im Anschluss wurden an sechs Thementischen aktuelle Herausforderungen besprochen und Wünsche an den Senat formuliert.

Es konnte festgestellt werden, dass der Bezirk in vielen Bereichen bereits gute Arbeit leistet. So wurden durch den Berliner Integrationsbeauftragten Germershausen die hier aufgebauten Strukturen besonders im Bereich der Arbeitsmarktintegration sowie des Wohnmarkts gelobt. Trotzdem wurden der Zugang zu Wohnraum, Ausbildung und Arbeit als entscheidende Faktoren für eine gute Integration thematisiert.

Konkret wurde angeregt, Potentiale zur Erweiterung der Wohnraumkontingente zu überprüfen sowie ein Monitoring und eine Erfolgsauswertung von Bildungsmaßnahmen der JobCenter einzuleiten. Ferner wurden mehrere Sportstätten im Bezirk, eine stärkere Einbindung der Kiezklubs sowie Stärkung von Ehrenamt bei gleichzeitiger Trennung von Verantwortungsbereichen des Staates und der Stadtgesellschaft gefordert. Auf der Webseite des Berliner Integrationsbeauftragten können Berichte von den jeweiligen Veranstaltungen in Berlin nachgeschlagen werden.

Neuer Mensabau

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick (BVV) hat bei ihrer letzten Sitzung eine Neue Mensa für die „Schule an der Wuhlheide“ gefordert.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wächst in den kommenden Jahren enorm. Im Einschulungsbereich der „Schule an der Wuhlheide“ verdoppelt sich die Anzahl der Schulanfängerinnen und Schulanfänger alleine von 2017/2018 (91) zu 2018/2019 (172) beinahe.

Bereits jetzt beschweren sich Eltern darüber, dass die für die Schulspeisung genutzte alte Turnhalle viel

zu klein ist. Gleichzeitig könnten so die schwelenden Nutzungskonflikte mit dem Kiezklub, die bezirkliche Seniorenfreizeitanlage, ausgeräumt werden. Die alte Turnhalle würde dann ohne Einschränkungen für Veranstaltungen der Schule, des Kiezklubs und anderer Träger des zivilgesellschaftlichen Lebens im Ortsteil zur Verfügung stehen.

Die BVV fordert das Bezirksamt deshalb auf, eine Vorstudie durchzuführen um zu prüfen, ob und wie der Bau einer barrierefreien Mensa für die „Schule an der Wuhlheide“ möglich wird.

Mehr Straßengrün für den Bezirk

Sturmtief Xavier hinterließ – wie in ganz Berlin – auch in Treptow-Köpenick große Schäden. Vor allem die Straßebäume haben unter dem Unwetter gelitten. Rund 56.000 Bäume wurden im gesamten Stadtgebiet beschädigt, 10.000 davon im Straßenland, in Parks oder auf Friedhöfen.

Die Wiederherstellungsarbeiten sind kompliziert und dauern an. Die Schäden müssen zunächst begutachtet werden. Insbesondere in Parks und Forsten ist das eine langwierige Aufgabe. Auch Bäume, die außerhalb in Ordnung sind, müssen

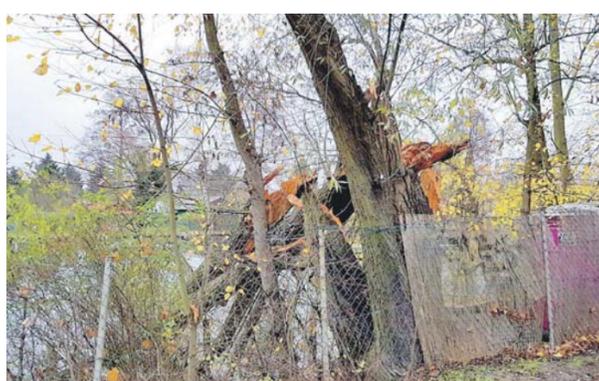


Foto: Paul Bahlmann

überprüft werden. Die Sicherheit hat Vorrang. Klar ist aber, dass die Straßebäume nachgepflanzt werden müs-

sen. Der Senat hat bereits angekündigt, ein Programm für 20.000 neue Straßebäume aufzulegen.

Das ist eine guter Plan, der nach den Aufräumarbeiten hoffentlich schnell umgesetzt wird. Die Straßebäume haben einen enormen Effekt auf die Lebensqualität in unserer Stadt. Nicht nur, dass Pflanzen unsere Stadt verschönern. Sie haben konkreten Nutzen für unsere Gesundheit. Ein Baum produziert Sauerstoff für durchschnittlich 10 Menschen in unserer Stadt. An heißen Tagen spenden sie Schatten, was angesichts heißer werdender Sommer immer wichtiger wird, denn dadurch verhindern sie das Aufheizen von Straßen und Gebäuden.

Die SPD-Fraktion hat dazu in der letzten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht. Natürlich sind auch Forste, wie die Wuhlheide wichtige Orte zum Nachpflanzen von beschädigten Bäumen, so Paul Bahlmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. „Aber wir wünschen uns eine Priorisierung: Zunächst sollte im Stadtgebiet, an Schulen, in Parks oder belebten Plätzen nachgepflanzt werden.“ So werde sichergestellt, dass der positive Nutzen des Straßengrüns wieder schnell bei den Menschen ankommt.